

Regierung von Schwaben
Sachgebiet 32
Fronhof 10
86152 Augsburg

Freien, den 25. Juli 2020

Einwendung zum geplanten Ausbau der B12

Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung von Schwaben,

heute haben Anwohner die B11 bei Wallgau lahmgelegt. Sie fordern den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und ein besseres Rad- und Fußwegenetz. Die Region Oberland leidet unter Müll und Lärm, den die dorthin strömenden Touristen verursachen. Auch das Allgäu ächzt unter den Besuchermassen. Längst platzen die Wanderparkplätze aus allen Nähten, zugeparkte Hofeinfahrten und Rettungswege sorgen für Zoff. „Intelligente Besucherlenkung“ ist das vielbeschworene Zauberwort. Im Gespräch sind sogar buchbare Parkplätze.

Und schon seit längerem tüfteln die Allgäuer Landkreise an einem Verkehrsverbund mit günstigen ÖPNV-Tickets und engen Zugtaktungen. Im November startet ein Wasserstoffzug seine Probefahrten im Allgäu. Er soll eine Alternative zur Elektrifizierung der Bahnlinien sein.

Bis 2050 wollen sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Kommission Null Emissionen für Deutschland und Europa erreichen. Für den Verkehr ist bis 2030 eine CO₂-Einsparung um rund 40 Prozent vorgesehen.

Bei all diesen Bemühungen, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, stellt sich die Frage: Ist der autobahnähnlichen Ausbau der B12 in 28 Metern Breite ohne Geschwindigkeitsbeschränkung noch nötig oder sind die Pläne aus dem Jahr 2014 überholt?

„Überholt!“ ist meine eindeutige Antwort.

Ein konsequenter Ausbau von Schienennetz, Bahnhöfen und attraktiverem Zugtakt nimmt Druck von der B12 und macht einen Ausbau in der derzeit vorgesehenen Größenordnung unnötig.

Immer weiter, immer mehr in den Straßenausbau zu investieren, ist kontraproduktiv für die geplante Verkehrswende.

Auch der Fendt-Standort Marktoberdorf und die Stadt Kaufbeuren, die sich nach mehr Gewerbe-Ansiedlungen sehnt, verfügen über Bahnhöfe, über die künftig mehr Warentransporte abgewickelt werden können.

Aber ja, die B12 birgt Gefahrenstellen, die entschärft gehören. Aber dafür die gesamte Strecke breiter als die A96 auszubauen, ist übertrieben. Die A 96 weist von der Landesgrenze zwischen Bayern und Baden Württemberg bis Oberpfaffenhofen einen Regelquerschnitt von 26 Metern Breite auf. Einsparpotential bieten die Seitenstreifen (bisher geplant, 2,5 Meter; zum Vergleich: A 96: 2 Meter), die Lärmschutzvorrichtungen und der Mittelstreifen. Hier reichen meiner Meinung nach Leitplanken aus. In jedem Fall ist ein Tempolimit unabdingbar, um die Gefahren und die Lärmbelästigung zu minimieren.

Gegen den 28 Meter breiten Ausbau spricht auch, dass noch relativ neue Brücken kostenintensiv ersetzt werden müssen. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Diese Ersetzungs-Praxis ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzknappheit zu hinterfragen, die die Corona-Krise verursacht hat.

Ganz zu schweigen von der knappen Ressource Boden, die für eine wahrscheinlich bald obsolete Maßnahme verschleudert wird. Auch der Bauernverband bemängelt, dass die Trasse inklusive Lärmschutzmaßnahmen an manchen Stellen bis zu 50 Meter breit sein wird und Berufskollegen in ihrer Existenz bedroht.

Ich appelliere inständig: Bitte überarbeiten Sie die Pläne im Sinne der Flächeneinsparung und im Sinne künftiger Generationen.

Freundliche Grüße und Dank sendet